

# Die Genossen werfen sich in Pose

Baselbiet | SP rügt kantonale Finanzpolitik und definiert Ziel-Wählerschaft für 2019

Ein Jahr vor den Landrats- und Regierungsratswahlen blickt die Baselbieter SP auf die kantonale Finanzpolitik der vergangenen Jahre zurück. Mit den «spatzen» Mitteln sollen die Abbaumassnahmen umgekehrt werden, verlangen die Linken. Eine Steuersenkung dürfe nicht zur Debatte stehen.

Jan Amsler

Die Vizepräsidentin der Baselbieter Sozialdemokraten macht kein Hehl daraus: «Ein Jahr vor den Wahlen ist ein guter Zeitpunkt, um die Finanzpolitik der vergangenen Jahre anzuschauen.» So leitete Samira Marti vorgestern die Medienkonferenz ihrer Partei ein. Die nicht ausgesprochene Kernbotschaft des Anlasses war denn auch sinngemäss: «Schaut, was uns die bürgerlich dominierte Politik der vergangenen Jahrzehnte eingebrockt hat. Mit uns käme der Kanton wieder raus aus der Abbaufalle.» Im Wortlaut kritisierte die aus Ziefen stammende Marti den derzeitigen Zustand als «ein politisch gewolltes, neoliberales Projekt der Steuersenkung und des Abbaus des Staats und des Service public».

Dass es sich letztlich um eine erste Wahlkampf-Veranstaltung gehandelt hat, zeigt sich auch darin, dass die Genossen keine konkreten Forderungen im Sinne von politischen Vorstössen oder Initiativen angekündigt haben. Es ging darum, ihre Analyse der Finanzpolitik der vergangenen Legislaturen kundzutun. Die Zielgruppe, welche die Genossen im Hinblick auf die Wahlen im kommenden Jahr ins Auge fasst, geht aus den Voten klar hervor – wenn auch nicht explizit ausgesprochen: Es sind Personen und Haushalte in der tiefen Gehaltsklasse sowie Staatsangestellte.

Erstere litten laut Landrätin Sandra Strüby etwa unter dem «Abbaukurs bei den Prämienverbilligungen», wohingegen «Spitzengehälter steuerlich stark entlastet» worden seien. Und Letztere bekamen den

**Auch die Gemeinden würden unter der kantonalen Finanzpolitik leiden, findet der Sissacher Gemeinderat Lars Mazzucchelli. Im Hintergrund: Samira Marti, Kathrin Schweizer und Sandra Strüby.**

Bild Jan Amsler



Sparkurs in Form von Stellenstreichungen und einer Lohnkürzung zu spüren, wie Strüby weiter ausführte. Mit dieser Personalpolitik werde «die Dienstleistungsqualität im Service public verschlechtert», dies beispielsweise bei den Schulen.

## Gemeinden überfordert

Kritik aus einer anderen Perspektive liess der Sissacher Gemeinderat Lars Mazzucchelli verlauten: Die Sparaufträge der Legislativen würden auf Bundes- und Kantonsebene ungerne umgesetzt, was dazu führe, «dass man Leistungen einfach an die nächsttiefere Staatsebene weitergibt». Neben der komplexen Angelegenheit mit den Ergänzungsleistungen nannte er als Beispiele unter anderem die Verkehrsplanung, die Aufrechterhaltung der Poststellen und den Rückzug der Polizei aus den Gemeinden: Seit 2015 sind die Gemeinden für den Bereich «Ruhe und Ordnung» zuständig. «Und so sind dann Miliz-Gemeindepolitiker plötzlich mit recht komplexen politischen Problemen konfrontiert, für die sie weder ausgebildet noch bezahlt sind», sagte der Sissacher Finanzverantwortliche.

Mazzucchelli ist derzeit mit der Frage beschäftigt, ob er im kommenden Jahr für die SP in den Wahlkampf steigen wolle, wie er auf Nachfrage sagt. Ob er dies tun werde, sei noch offen. Ohnehin sei ein dritter SP-Landratssitz im Wahlkreis Sissach unrealistisch – aktuell amtiert neben der Buckterin Sandra Strüby der Sissacher Stefan Zemp in Liestal.

## Weniger Steuerwettbewerb?

Landrätin Kathrin Schweizer, die als mögliche Regierungsratskandidatin für die aktuell in der Exekutive nicht vertretenen Sozialdemokraten gehandelt wird, zog am Dienstag Fazit: «Nach 20 Jahren Abbaupolitik muss viel nachgeholt werden.» Sie warb unter anderem für die Initiative ihrer Partei zugunsten einer höheren Verbilligung bei

den Krankenkassenprämien und für eine «Vorwärtsstrategie» beim öffentlichen Verkehr. «Wenn nun also durch verbesserte Rechnungsabschlüsse Handlungsspielraum entsteht, dann muss er für diese Bereiche genutzt werden», sagte sie. Nicht infrage komme für die SP eine Steuersenkung. Um den finanziellen Spielraum des Kantons zu vergrössern, müsse ausserdem rasch eine Mehrwertabgabe her. Und: «Auch eine Erbschaftsteuer für sehr hohe Vermögen muss weiterhin angestrebt werden.»

Dem interkantonalen Wettbewerb in diesem Bereich misst die zweitgrösste Partei im Kanton keine Bedeutung zu. Schweizer fordert explizit eine «Koordination mit den umliegenden Kantonen im Sinne der Steuerharmonisierung».

## Strüby präsidiert neu die SP Sissach

jam. Die Buckter SP-Landrätin Sandra Strüby ist neu alleinige Präsidentin der SP-Sektion Sissach und Umgebung. Vergangenes Jahr teilte sie die Leitung mit dem ehemaligen Landratspräsidenten Jürg Degen aus Itingen. Dieser tritt nach neun Jahren an der Sektionsspitze zurück. Neu in den Vorstand gewählt hat

die Jahresversammlung ausserdem den Alt-Regierungsrat Urs Wüthrich aus Sissach, wie die Partei vorgestern mitteilte. Weiter im Vorstand verbleiben Landrat Stefan Zemp (Vizepräsident), Marie-Theres Wyss, Alexandra Foggetta, Kathrin Ryf-Heiniger sowie Caroline Zürcher.